

Die Parteien in Bewegung

Nachbarschaft und Konflikte

*Herausgegeben von Oscar Mazzoleni
und Olivier Meuwly*

Die Parteienlandschaft in der Schweiz hat sich verändert. Seit den 1990er-Jahren schrumpft das Feld der Mitteparteien zugunsten einer stärker werdenden konservativen Rechten, während sich für die Linke mit der Bestätigung der Grünen ebenfalls bescheidenere Erfolge einstellen. Gleichzeitig wurden neue Parteien gegründet, welche die traditionellen Parteien zwingen, ihre Strategien zu überdenken. Welcher Art sind nun die Beziehungen zwischen den sich angrenzenden Parteien? Welche Allianzen oder Absprachen sind möglich? Und wie verhalten sich die ideologischen Nachbarn? Beiträge von Urs Altermatt, Anne-Vaïa Fouradoulas, Andreas Ladner, Oscar Mazzoleni, Olivier Meuwly, Pascal Sciarini, Werner Seitz, Damir Skenderovic.

[232 Seiten zeitgenössische Politik]

DIE NEUE POLIS

Verlag Neue Zürcher Zeitung

Die Positionierung der Schweizer Parteien im internationalen Vergleich

Fragestellung und Vorgehen

Wie positionieren sich die Schweizer Parteien im internationalen Vergleich? Sind sie gemässiger oder radikaler als vergleichbare Organisationen in anderen europäischen Ländern, oder weisen sie gar politische Profile auf, die als einzigartig gelten können? Und wie polarisiert ist das Schweizer Parteiensystem im Vergleich zu den Parteiensystemen andernorts? Diesen Fragen soll in diesem Beitrag nachgegangen werden. Dabei geht es für einmal nicht um eine ideengeschichtlich oder historisch ausgerichtete Zuordnung der Parteien zu verschiedenen Parteifamilien oder politischen Strömungen, sondern um ein an der Einstellung der Parteien zu konkreten politischen Fragen orientiertes Suchen nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden.

Will man die Positionierung der politischen Parteien messen, so gilt es auf der einen Seite Instrumente zu finden, die zur Messung verwendet werden können, und auf der anderen Seite stellt sich die Frage, wie die notwendigen Angaben über die Parteien beschafft werden sollen. Parteien werden zum Beispiel häufig auf einer Links-rechts-Skala oder auf einer Liberal-Konservativ-Skala¹ verortet. Dazu kann man sich auf die Einschätzung von Experten verlassen (Benoit und Lavet 2007), oder man kann Parteidokumente (Programme usw.) codieren und die Positionen mit computergestützten Inhaltsanalysen berechnen, wie es das Comparative Manifesto Project (Budge et al. 2001) tut. Das hier gewählte Vorgehen konzentriert sich auf die Einstellungen der Parteien zu ausgewählten Politikbereichen, die sich aus verschiedenen Issue-Positionen zusammensetzen, und basiert auf einer Kombination von Analyse von Parteidokumenten, Befragung von Parteiverantwortlichen und Einschätzung von Experten. Anlass für die Erfassung der Parteipositionen war nicht ein Forschungsprojekt im traditionellen Sinn, sondern das Erstellen einer gesamteuropäischen Wahlhilfe-Plattform für die Wahl des Europäischen Parlaments im Jahr 2009.

Bibliografie

- Klandermaans Bert, «The Social Construction of Protest and Multiorganizational Fields», in: Morris Aldon D. und McClurg Mueller Carol (Hrsg.). *Frontiers in Social Movement Theory*. Yale University Press: New Haven/London 1992, S. 77–103.
- Ladner Andreas et al., «Die politische Positionierung der europäischen Parteien im Vergleich. Eine Analyse der politischen Positionen der europäischen Parteien anlässlich der Wahlen des Europäischen Parlaments 2009 mit besonderer Berücksichtigung der Schweizer Parteien», in: IDEHAP (Cahier de l'IDHEAP, 252): Chavannes-près-Renens 2010.
- Lucardie Paul, «Prophets, Purifiers and Prolocutors. Towards a Theory on the Emergence of New Parties», in: Party Politics 2(6): 2000, S. 175–185.
- Luck Simon und Dechezelles Stéphanie (Hrsg.), *Voix de la rue ou voie des urnes? Mouvements sociaux et partis politiques*. Presses Universitaires de Rennes (Res publica): Rennes 2011.
- Lukes Steven, «Qu'est-ce que la gauche?», in: Lazar Marc, *La gauche en Europe depuis 1945. Invariants et mutations du socialisme européen*. PUF (Politique d'aujourd'hui): Paris 1996, S. 369–387.
- Masnata François, *Le Parti socialiste et la tradition démocratique en Suisse*. Armand Colin (Cahiers de la Fondation nationale de sciences politiques, 128. Partis et élections): Paris 1963.
- Mathieu Lilian, «L'espace des mouvements sociaux», in: *Politix* 1(77): 2007, S. 131–151.
- Mathieu Lilian, «Éléments pour une analyse des conditions contestataires. La lutte contre le sida et le mouvement des chômeurs, de «Nous sommes la gauche», à «Occupation»», in: *Revue française de science politique* 1(59): 2009, S. 77–96.
- Offerté Michel, *Les partis politiques*. PUF (Que sais-je? 2376) (1987): Paris 2010.
- Rucht Dieter, «Movement Allies, Adversaries, and Third Parties», in: Snow David A., Soule Sarah A. und Kriesi Hanspeter (Hrsg.). *The Blackwell Companion to Social Movements*. Blackwell (Blackwell companions to sociology): Malden 2004, S. 197–216.
- Sawicki Frédéric, *Les réseaux du parti socialiste. Sociologie d'un milieu partisan*. Belin (Socio-histoires): Paris 1997.
- Sciarini Pascal, «La concurrence au sein de la gauche», in: Nicolet Sarah und Sciarini Pascal (Hrsg.), *Le destin électoral de la gauche. Le vote socialiste et vert en Suisse*. Georg: Chêne-Bourg 2010, S. 131–178.
- Steuckardt Agnès, «Les ennemis selon L'Ami du peuple, ou la catégorisation identitaire par contrastes», in: *Mots. Les langages du politique* 69: 2002, S. 7–21.
- Villalba Bruno, «Les petits partis et l'idéologie: le paradoxe de la différenciation», in: Laurent Annie et Villalba Bruno (dir.), *Les petits partis. De la petitesse en politique*. L'Harmattan (Logiques politiques): Paris 1996, S. 67–89.

Im Vorfeld der EU-Parlamentswahlen wurde erstmals eine umfassende Online-Wahlhilfe (Voting Assistance Application VVA) angeboten (Treichsel und Mair 2009). Entwickelt wurde diese Plattform, genannt EU Profiler (www.euprofiler.eu), von einem Konsortium unter der Federführung des Europäischen Hochschulinstituts Florenz (European University Institute EUI). Mitbeteiligt waren auch die Firma Kieskompas (www.kieskompas.nl), ein VAA-Anbieter aus den Niederlanden, das Forschungsprojekt «IP16 smart-voting» des NCCR, «Challenges to Democracy in the 21st Century» des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und Politools, dem Anbieter der Schweizer VAA smartvote (www.smartvote.ch).²

Kernstück des EU Profilers und Ausgangspunkt dieser Untersuchung bilden die Positionen der Parteien zu verschiedenen politischen *issues*. Insgesamt wurden 28 Fragen ausgewählt (Ladner et al. 2010: 108), die sich für alle Parteien und Länder stellen liessen. Die grösste Herausforderung an das Projekt bestand darin, die Antworten der Parteien auf die Fragen zu bestimmen. Verantwortlich für diese Aufgaben waren sogenannte Länderteams des EUI in Florenz. Die Länderteams bestimmten die Parteipositionen nach einem klar festgelegten Verfahren aufgrund von Parteidokumenten (insb. Wahl- und Parteiprogramme), Aussagen von Exponenten der Parteien sowie mithilfe einer direkten Befragung der Parteiverantwortlichen (vgl. dazu Trechsel und Mair 2009; Ladner et al. 2010: 110). Insgesamt waren rund 100 Personen an diesem Projekt beteiligt.

Die so erfassten Informationen erlauben es den Benutzern der Webseite (www.euprofiler.eu), sich ein Bild von den politischen Positionen einer Partei zu machen und sie mit den Positionsbezügen der anderen Parteien und den eigenen politischen Präferenzen zu vergleichen. Zur Veranschaulichung wurden eine Rangliste der Übereinstimmungsgrade und ein zweidimensionaler Parteienkompass mit den Dimensionen «links-rechts» und «pro und contra EU-Integration» angeboten. Weiter konnten sich die Benutzer anhand von Spinnennetz-Grafiken (sog. EU Spider) in sieben Politikbereichen mit den Positionen der Parteien vergleichen. Diese EU Spider, zusammen mit den dazugehörenden Werten, bilden die Grundlage der vorliegenden Untersuchung.

Der EU Spider visualisiert die politischen Profile der Parteien auf eine leicht verständliche Art. Er basiert auf dem in der Schweiz bekannten Smartspider, der von der Forschungsgruppe Sotomo der Universität Zürich für die VAA Smartvote entwickelt wurde. Abgebildet werden die Positionen der Parteien in sieben Politikbereichen, denen die 28 Fragen zugeteilt wurden (für die Zuordnung der Fragen vgl. Ladner et al. 2010: 112). Die sieben Politikbereiche lauten wie folgt:

- Wirtschaftliche Liberalisierung (*Libéralisation économique*)
- Restriktive Finanzpolitik (*Politique de rigueur en matière de finances publiques*)
- Recht und Ordnung (*Loi et ordre public*)
- Restriktive Einwanderungspolitik (*Politique d'immigration restrictive*)
- Umweltschutz (*Protection de l'environnement*)
- Ausbau des Sozialstaates (*Etat providence en expansion*)
- Liberale Gesellschaft (*Société libérale*)

In der grafischen Darstellung können die Parteien Werte zwischen 0 (stimme bei allen Fragen eines Politikbereichs überhaupt nicht zu) und 100 (stimme bei allen Fragen eines Politikbereichs vollkommen zu) einnehmen. Weiter gilt folgende Regel: Linksgerichtete Parteien haben eine grössere Fläche auf der linken Seite, rechtsgerichtete Parteien eine grössere auf der rechten Seite. Liberale Parteien haben stärkere Ausprägungen im oberen Bereich der Grafik, konservative Parteien im unteren (rechten) Bereich.

An den Wahlen zum EU-Parlament beteiligten sich in den 27 Ländern weit über 200 Parteien. Diese Parteien – zusammen mit den Parteien aus der Schweiz, aus Kroatien und der Türkei – bilden das Kernstück dieser Untersuchung. Insgesamt können so die politischen Positionsbezüge von mehr als 260 Parteien analysiert werden.

[8.2]

Parteifamilien und ihre politischen Profile

Als erster Bezugspunkt für die Zuordnung der Parteien zu den verschiedenen Parteifamilien diene ihre Zugehörigkeit zu einer der sieben Fraktionen im EU-Parlament. Die Fraktionen umfassten aller-

dings bei Weitem nicht alle Parteien, die sich an den Wahlen beteiligten und viele von ihnen wurden auch nicht gewählt, sodass sie sich nicht nachträglich zu einer Fraktion bekannt hätten. Einen zweiten Bezugspunkt bildeten deshalb die europäischen Parteien, das heisst die politischen Parteien, die auf Europaebene tätig sind. Diese basieren meist auf Zusammenschlüssen nationaler Mitgliedsparteien mit ähnlichen politischen Orientierungen und stehen in enger Beziehung zu einer der Fraktionen. Für die Mitgliedschaft in einer europäischen Partei ist eine Vertretung im EU-Parlament keine zwingende Voraussetzung, was nicht zuletzt auch den Schweizer Parteien eine Mitgliedschaft ermöglicht.

Über die Fraktionen und die europäischen Parteien lässt sich ein Grossteil der Parteien einer bestimmten Parteifamilie zuordnen. Allerdings gibt es auch verschiedene Fälle, wo eine Zuordnung nicht ganz einfach ist. So können die Gewählten einer nationalen Partei in unterschiedlichen Fraktionen Einsitz nehmen oder in den Parteien selbst ist die Fraktionszugehörigkeit umstritten oder im Wandel begriffen. Auf der Ebene der europäischen Parteien haben einzelne nationale Parteien lediglich einen Beobachterstatus oder sie sind mit mehreren europäischen Parteien verbunden.³

Insgesamt lassen sich so – wie aus Tabelle 1 hervorgeht – etwas mehr als 80 Prozent der Parteien, die durch den EU Profiler erfasst wurden, den verschiedenen Parteifamilien zuordnen.⁴ Die grösste Gruppe stellen die europäischen Volksparteien mit rund einem Fünftel aller Parteien, gefolgt von den liberalen und den sozialdemokratischen Parteien. Weniger klar nachvollziehbar ist die Zuordnung der Parteien zu den rechtsnationalen und europaskeptischen Lagern. Bei den rechtspopulistischen Parteien schliesslich handelt es sich um eine künstlich geschaffene Kategorie von Parteien, die aufgrund von Ähnlichkeiten in Organisation, Auftreten und Erfolg auch in der Literatur immer wieder miteinander verglichen und gemeinsam diskutiert werden.

Tabelle 1: Grösse und politische Ausrichtung der verschiedenen Parteifamilien

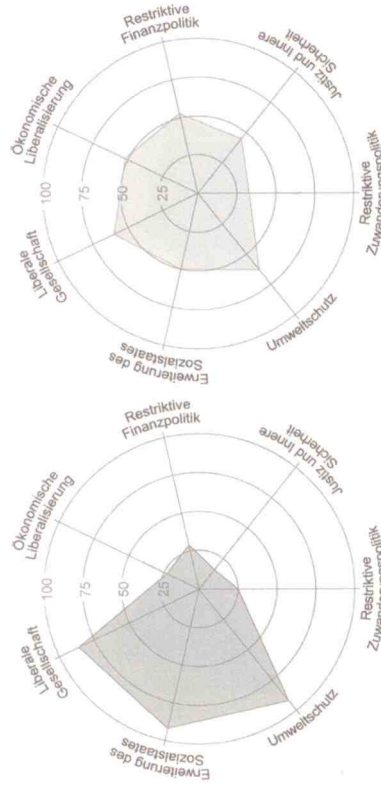
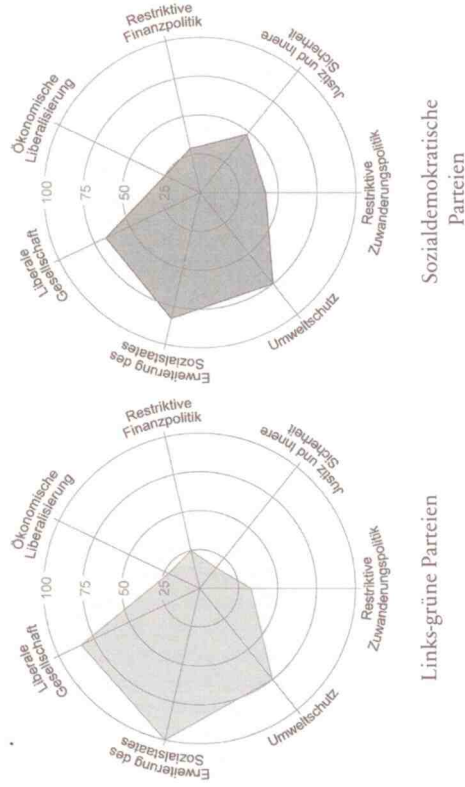
Parteien	Abkürzung	Fraktion	2004–2009	Politische Ausrichtung	Anzahl	Anteil in %
Europäische Volksparteien	EVP-ED	mitte-rechts	55		20,9	
Sozialdemokratische Parteien	PES	sozialdemokratisch	36		13,7	
Liberalen Parteien	ALDE	liberal	37		14,1	
Rechtsnationale Parteien	UEN	nationalkonservativ	12		4,6	
Grüne	Grüne/EFA	grün	30		11,4	
Linksräume	GUE/NGL	grün-links	26		9,9	
Europaskeptiker	ID	europaskeptisch	7		2,7	
Rechtspopulistische Parteien		rechts	15		5,7	
Andere			45		17,1	
Total			263		100	

EVP-ED: Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
 PES: Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament
 ALDE: Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
 UEN: Fraktion Union für das Europa der Nationen
 Grüne/EFA: Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz
 GUE/NGL: Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke
 IND/DEM: Fraktion Unabhängigkeit / Demokratie

Quelle: EU Profiler 2009. Eigene Darstellung.

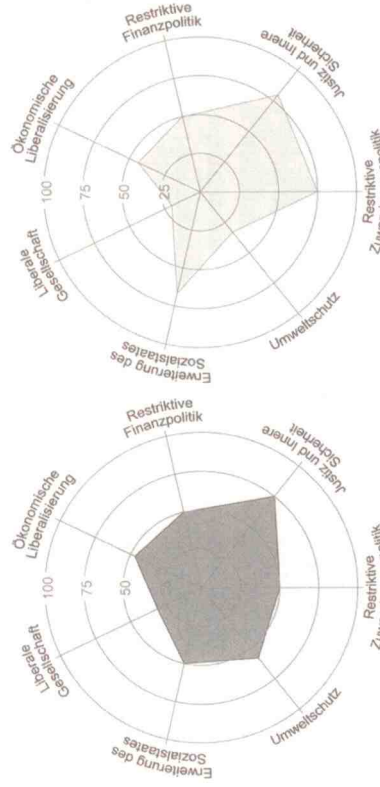
Abbildung 1 zeigt die politischen Positionierungen der acht Parteifamilien, die auf der Basis der Fraktionen und der europäischen Parteifamilien gebildet wurden. Abgebildet werden die Mediane \bar{x} für die Parteien der einzelnen Familien in den einzelnen Politikbereichen. Die Linken, die Grünen und auch die Sozialdemokraten nehmen sehr ähnliche politische Positionen ein. Hier widerspiegelt sich die nach den Wahlen immer wieder beklagte organisatorische Fragmentierung des linken Lagers. Vergleichbar sind auf den ersten Blick auch die EU Spider der Konservativen-Christdemokraten und der Liberalen. Erstere treten etwas stärker für Recht und Ordnung sowie für eine restriktive Einwanderungspolitik ein, Letztere für leicht liberalere Gesellschaftsmo- delle. Auffallend ist aber, wie wenig sich die Liberalen in Fragen der wirtschaftlichen Liberalisierung von den Konservativen abheben. Par- allelen gibt es schliesslich auch zwischen den euroskeptischen, den na- tionalkonservativen und den rechtspopulistischen Parteigruppen. Sie betonen stärker die Bereiche Recht und Ordnung sowie eine restriktive Einwanderungspolitik. Die Nationalkonservativen sind allerdings etwas stärker am Wohlfahrtsstaat orientiert, was in dieser Kombination auf ein populistisches Element in ihren Parteiprogrammen hindeutet.

Abbildung 1: Positionen der acht Parteifamilien (Median)



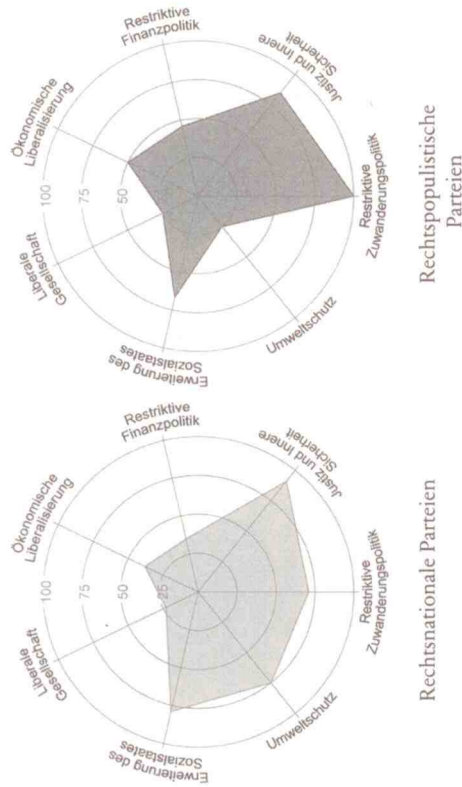
Grüne Parteien

Liberalen Parteien



Europäische Volksparteien

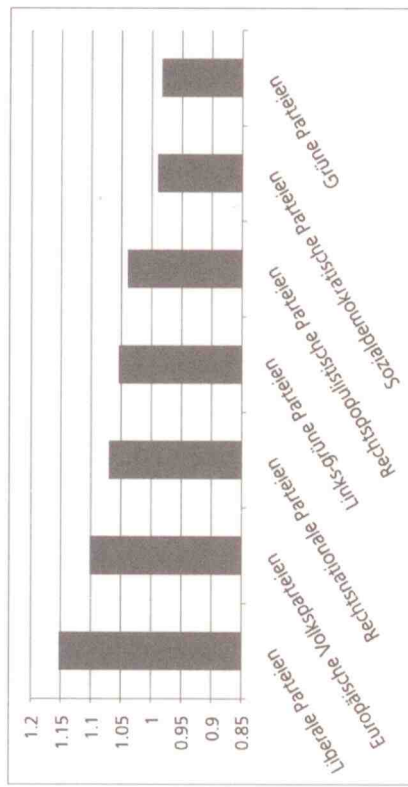
Europäisch-konservative Parteien



N: Links-grüne Parteien = 26; Sozialdemokratische Parteien = 36; Grüne Parteien = 30; Liberale Parteien = 37; Europäische Volksparteien = 55; Europaskleptische Parteien = 7; Rechtsnationale Parteien = 12; Rechtspopulistische Parteien = 15.
Quelle: EU Profiler 2009.

Die grösste Heterogenität – gemessen an der Abweichung der Parteien einer Parteifamilie vom Mittelwert (Standardabweichung) – zeigt sich nicht ganz unerwartet bei den Liberalen, gefolgt von den Konservativen, den Nationalkonservativen, den Linken und den Rechtspopulisten. Die Sozialdemokraten und die Grünen hingegen sind bei den verschiedenen Fragen öfters gleicher Meinung (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2: Heterogenität der verschiedenen Parteifamilien



Abgebildet sind die Mittelwerte der Standardabweichungen der 28 politischen Positionsbezüge der einzelnen Parteifamilien.
Quelle: EU Profiler 2009.

[8,3]

Wo stehen die Schweizer Parteien innerhalb der verschiedenen Parteifamilien?

Im Folgenden soll untersucht werden, wie gut die fünf grössten Schweizer Parteien zu den anderen Parteien Europas passen. Zuerst wird geprüft, wie sich die Schweizer Partei zu der ihr am nächsten stehenden Parteifamilie verhält, dann wird gefragt, wie sich die Schweizer Partei von ausgewählten Parteien «ihrer» Parteifamilie unterscheidet und welche Partei ihr allenfalls am ähnlichsten ist. Die Zuordnung der Schweizer Parteien zu den ihnen nahestehenden Parteifamilien ist relativ einfach. Die CVP gehört zur Europäischen Volkspartei, die SPS zu den sozialdemokratischen Parteien, die FDP zu den liberalen Parteien und die GPS zu den Grünen. Etwas schwieriger wird es mit der SVP, da sich hier national-konservative und rechts-populistische Anknüpfungspunkte finden lassen.

[8.3.1] Die konservativen und christlich-demokratischen Parteien

Die konservativ-bürgerlichen und christlich-demokratischen Parteien Europas – zu denen auch die Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz (CVP) gehört – sind grösstenteils in der Europäischen Volkspartei (EVP) organisiert. Diese umfasst rund 50 Parteien aus 25 Mitgliedstaaten der EU. Zu den prominenten Vertretern dieser Familie zählen die Christlich Demokratische Union / Christlich-Sozial Union (CDU/CSU) in Deutschland, die *Union pour un mouvement populaire* in Frankreich, der *Popolo della Libertà* in Italien, der *Partido Popular* in Spanien und die polnische Bürgerplattform *Platforma Obywatelska*.

Die EVP ist Mitglied der Fraktion Europäische Volkspartei – Europäische Demokraten (EVP-ED), der mit 271 Abgeordneten grössten Fraktion im 754-köpfigen Europäischen Parlament.⁶ In der Legislatur von 2004 bis 2009 hatte die EVP-ED noch 288 Mitglieder. Ein Teil der Verluste geht allerdings auf die Verkleinerung des Europäischen Parlaments zurück. Der Sitzanteil der EVP-ED ging nach den Wahlen 2009 lediglich um 0,7 Prozentpunkte von 36,7 Prozent auf 36 Prozent zurück. Dieses Ergebnis wurde unter Berücksichtigung des Austritts der britischen *Conservative Party* und der tschechischen *Občanská demokratická strana* als Erfolg gewertet.

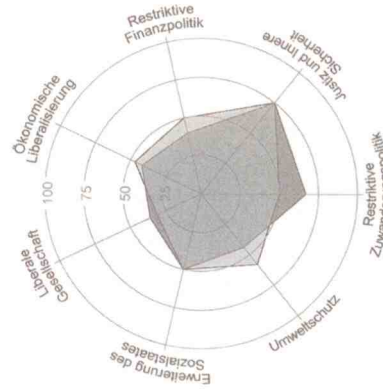
Die Parteien der EVP bestechen vor allem durch ihre konservativen Positionen in Bezug auf Recht und Ordnung. Teilweise verfechten sie auch eine restriktive Einwanderungspolitik. Sie sind weder für eine restriktive Finanzpolitik noch sind sie in ausgeprägtem Mass für eine wirtschaftliche Liberalisierung. Auch wäre es falsch, sie als vehemente Gegner eines ausgebauten Wohlfahrtsstaates zu bezeichnen. In Bezug auf den Umweltschutz sind sie eher auf der befürwortenden Seite, hingegen sind sie bei den liberalen gesellschaftlichen Werten und der wirtschaftlichen Liberalisierung sehr zurückhaltend.

Vergleicht man die politischen Positionen der verschiedenen konservativen Parteien (in der Grafik EU Spider dargestellt durch den Medianwert) mit der Position der CVP (vgl. Abbildung 3), so findet sich

Die Positionierung der Schweizer Parteien im internationalen Vergleich

die CVP tatsächlich der richtigen Parteifamilie zugeordnet. Die Unterschiede sind relativ gering. Grössere Differenzen zeigen sich einzig bei der restriktiveren Haltung in der Einwanderungspolitik, was mit dem grösseren Einwanderungsdruck in der Schweiz zusammenhängen dürfte. Für die Schweizer CVP stellt sich mit ihrem Profil höchstens die Frage, wie gut es ihr mit diesen konservativen Positionen gelingt, ihr erklärtes Ziel, in den urbanen Milieus erfolgreich zu sein, zu erreichen.

Abbildung 3: CVP und die Parteifamilie «Europäische Volksparteien» (Median)



Dunkel: CVP Schweiz
Hell: alle europäischen Volksparteien
Quelle: EU Profiler 2009.

Sucht man nach Parteien, deren politisches Profil sich möglichst gut mit demjenigen der CVP vergleichen lässt (d.h. deren politische Positionen über alle Politikbereiche gesehen nicht allzu weit von denjenigen der CVP entfernt sind), so stösst man interessanterweise schon bald einmal auf die britische *Labour Party*, die lediglich etwas mehr am Wohlfahrtsstaat und etwas weniger stark an einer restriktiven Einwanderungspolitik orientiert ist. Weitere Parteien mit einem ähnlichen Profil sind etwa die tschechische *Občanská demokratická strana*, die irische *Fine Gael*, die slowenische *Slovenska ljudska stranka*, der *Mouvement réformateur* in Belgien, das ungarische *Magyar Demokrata Fórum*

Die Positionierung der Schweizer Parteien im internationalen Vergleich

und der niederländische *Christen-Democratisch Appel*. Aber auch der spanische *Partido Popular* und die Österreichische Volkspartei (ÖVP) sind der CVP noch relativ ähnlich. Fast identisch mit der Schweizer CVP ist die lettische *Tautas Partija*, die grösste Partei im nationalen Parlament des Landes (2006). Interessant ist in dieser Betrachtungsweise, dass Parteien aus ganz unterschiedlichen Parteifamilien (z. B. die sozialdemokratische *Labour Party* sowie die liberale *Mouvement réformateur*) ein ähnliches Profil wie die CVP haben. Die Nähe zur britischen *Labour Party* lässt sich teilweise durch das britische Zweiparteiensystem erklären, worin Parteien, um ihre Wählerschaft zu maximieren, eher Positionen der politischen Mitte einnehmen müssen. In der Schweiz ermöglichen Proporzwahlverfahren und die Mehrpartei- enregierung grössere politische Unterschiede.

[8.3.2]

Die sozialdemokratischen Parteien

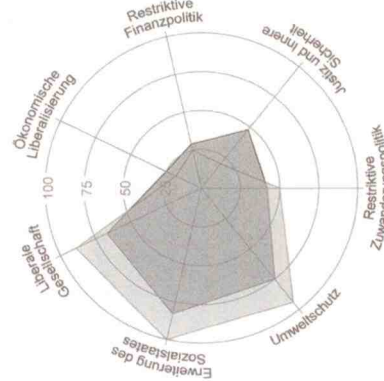
Die Sozialdemokratischen Parteien sind in der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) zusammengeschlossen. Im EU-Parlament bilden die Vertreter der Mitgliedstaaten die Sozialdemokratische Fraktion (PES). Grosse und bekannte Parteien dieser Parteifamilie sind die SPD in Deutschland, der *Parti socialiste* in Frankreich, die *Labour Party* in Grossbritannien, der *Partido Socialista Obrero Español* und der *Sojusz Lewicy Demokratycznej – Unia Pracy* in Polen. Die SPS Schweiz ist ein assoziiertes Mitglied der SPE.

In der Legislaturperiode von 2004 bis 2009 stellten die Sozialdemokraten 217 der 785 Abgeordneten, zurzeit sind es 190 Mitglieder. Anteilsmässig sank ihre Vertretung im Parlament nach den Wahlen um rund 2,6 Prozentpunkte, was sie zu den grossen Verlierern der Wahlen 2009 machte. Nach wie vor bilden sie aber die zweitgrösste Fraktion im EU-Parlament.

Die politische Positionierung der sozialdemokratischen Parteien er- staunt kaum. Im Vordergrund stehen der Wohlfahrtsstaat, aber auch Umweltschutz und liberale gesellschaftliche Werte. Vergleichen wir die Schweizer Sozialdemokraten (SPS) mit den Durchschnittswerten der Parteien dieser Parteifamilie (vgl. Abbildung 4), so fällt vor allem

auf, dass sie gegenüber ihren Schwesterparteien nicht nur extremer am Wohlfahrtsstaat orientiert sind, sondern auch stärker für gesellschaftsliberale Werte und für mehr Umweltschutz eintreten. In einer gesamtheitlichen Betrachtung zeigt unsere Studie tatsächlich, dass die Schweizer SPS zu den am weitesten links positionierten Sozialdemokratischen Parteien Europas zu zählen ist.

Abbildung 4: SPS und die Parteien der sozialdemokratischen Parteifamilie (Median)



Dunkel: alle sozialdemokratischen Parteien
Hell: SPS Schweiz

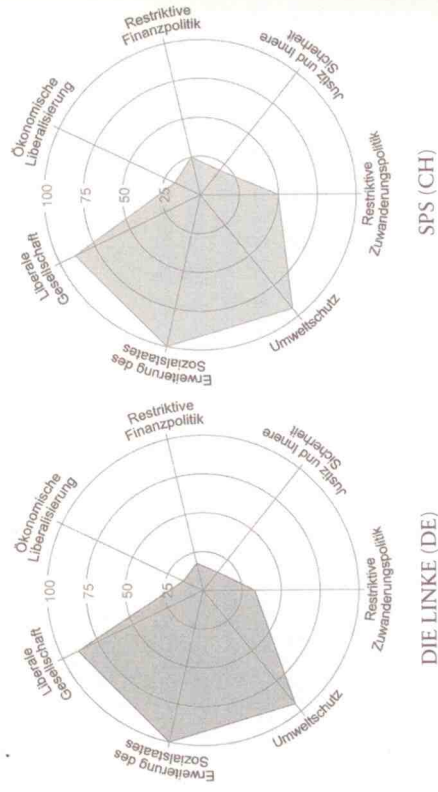
Quelle: EU Profiler 2009.

Hier stellt sich natürlich die Frage, weshalb die SPS in einem doch eher liberalen Land wie der Schweiz mit ihren extremen Positionen die grossen Massen bewegen will. Eine Erklärung hierfür liefert das politische System mit Proporzwahlen, Konkordanz und Verhandlungsmechanismen. Die Schweizer Parteien streben nicht die Mehrheit der Wählerstimmen an, sondern orientieren sich an einem ausgewählten, ideologisch homogenen Segment in der Bevölkerung. Auf nationaler Ebene sind – oder waren zumindest lange Zeit – Wählerstimmenanteile zwischen 20 und 25 Prozent sehr zufriedenstellende Wahlergebnisse, die auch zwei Sitze im siebenköpfigen Bundesrat garantieren. Zudem basiert die Schweizer Politik meistens auf

Kompromisslösungen, die in langwierigen Prozessen ausgehandelt werden. Eine mögliche Strategie ist deshalb, mit klaren und extremen Positionen in die Verhandlungen einzusteigen, um dann ein Ergebnis zu erzielen, das näher bei der eigenen Position liegt.

Sucht man nach der Partei, welche die grössten Gemeinsamkeiten mit der SPS aufweist, so stösst man etwas überraschenderweise zuerst auf den spanischen *Bloque Nacionalista Galego*, eine nationalistische und sozialistische Partei, und die portugiesische *Coligação Democrática Unitária*, ein Bündnis aus Kommunisten und Grünen. Dann folgt bereits, und auch dies ist überraschend, DIE LINKE in Deutschland. Tatsächlich sehen sich hier auch die beiden Spiderprofile zum verwechseln ähnlich (vgl. Abbildung 5). Ebenfalls ein sehr ähnliches Profil weisen die *Liberal Democrats* in Grossbritannien auf. Weitere gesinnungsverwandte Parteien sind verschiedene andere Linke und Grüne und teilweise auch kommunistische Parteien. Die Sozialdemokratischen Parteien in Deutschland und in Österreich folgen mit beachtlichem Abstand und noch weiter von der SPS entfernt ist die *Labour Party*.

Abbildung 5: DIE LINKE und die SPS



Quelle: EU Profiler 2009.

[8.3.3]

Die liberalen Parteien

Die liberalen Parteien gehören historisch betrachtet zu den treibenden Kräften bei der Herausbildung der Nationalstaaten. Sie sind in der Terminologie von Lipset und Rokkan (1967) aus den «nationalen Revolutionen» der Staatsgründungen hervorgegangen sowie aus dem Konflikt um die Zuständigkeitsbereiche von Kirche und Staat. Kumulationspunkte solcher Auseinandersetzungen waren beispielsweise in der Schweiz der Sonderbundskrieg 1847 und der Kulturkampf in den 1870er-Jahren.

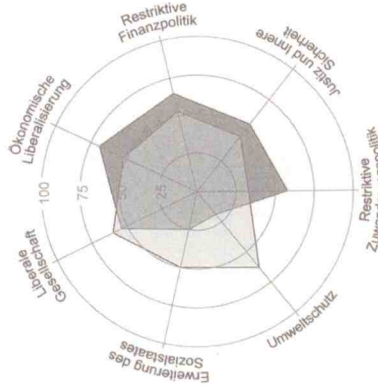
Die liberalen Parteien bestehen vor allem durch ihre ideologische Breite und Flexibilität, die es ihnen erlauben, in unterschiedlichen Koalitionen mitzuregieren. Sie verfügen anders als die Sozial- oder Christdemokraten auch nicht über ein historisch genuines Wählerpotenzial in klar bestimmbar Segmenten der Bevölkerung wie etwa der Arbeiterschaft oder der Katholiken, sondern rekrutieren ihre Wähler vor allem aus den privilegierten Teilen der Mittelschicht.

Die Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei (ELDR) zählt heute 55 nationale Mitgliederparteien in ganz Europa, darunter befindet sich auch die FDP der Schweiz. Im EU-Parlament sind die Mitglieder der liberalen Parteien in der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) zusammengeschlossen. Sie ist die drittstärkste Fraktion und zählte bis 2009 100 Mitglieder im 785-köpfigen Parlament. Aktuell stellt sie 85 von 754 Mitgliedern.

Wie positioniert sich die Schweizer FDP innerhalb der verschiedenen Strömungen der liberalen Parteien Europas? Die Schweiz gilt generell als liberales Land, in dem der Wohlfahrtsstaat eine deutlich geringere Bedeutung hat als beispielsweise in Deutschland oder in den skandinavischen Ländern. Zudem kennt die Schweiz aufstrebende grüne Parteien und eine linke und wertliberale SPS. Es erstaunt deshalb auch nicht, dass die Schweizer FDP rechter und weniger progressiv positioniert ist. Sie tritt im Vergleich zu den Durchschnittswerten sämtlicher erfassten liberalen Parteien überdurchschnittlich stark für eine wirtschaftliche Liberalisierung, für eine restriktive Finanzpolitik, für

Recht und Ordnung und für eine restriktive Einwanderungspolitik ein (vgl. Abbildung 6).

Abbildung 6: FDP Schweiz und die Parteien der liberalen Parteifamilie (Median)



Dunkel: FDP Schweiz
Hell: alle ELDR-Parteien

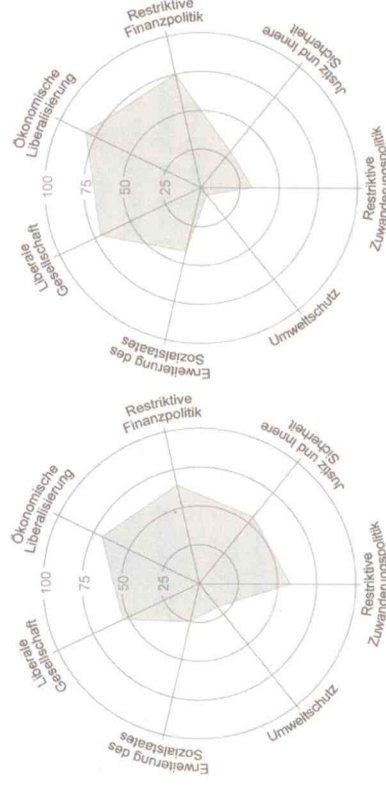
Quelle: EU Profiler 2009.

Sucht man nach der Partei, die der Schweizer FDP programmatisch am nächsten steht, so findet man die bulgarische Partei *Dwischenie sa Prava i Swobodi*, die bei den nationalen Parlamentswahlen 2005 rund 13 Prozent der Stimmen erzielte. Das bulgarische Gegenstück zur Schweizer FDP ist etwas weniger restriktiv bei der Einwanderungspolitik und stärker im Umweltschutz engagiert. Weitere ähnliche Parteien sind die tschechische *Občanská demokratická strana*, die einen Wählerstimmenanteil von rund 30 Prozent aufweist, aber zur Parteifamilie der EVP gehört, die belgischen *Open Vlaamse Liberalen en Democraten* mit 12 Prozent und *Lijst Dedecker* mit 4 Prozent Wählerstimmenanteil.

Die FDP in Deutschland, die ebenfalls immer wieder als Vergleichsgrösse beigezogen wird, gehört genauso wie die Schweizer FDP zu den wirtschaftsliberalen Parteien. Auffallend ist hier aber, dass die Deutsche FDP nicht nur in der Finanzpolitik und in der Wirtschaftspolitik

liberaler als die Schweizer FDP ist, sondern auch bei gesellschaftlichen Fragen (vgl. Abbildung 7). Zudem ist die Deutsche FDP in den Bereichen Recht und Ordnung und bei der restriktiven Einwanderungspolitik bedeutend zurückhaltender. Die stärkere Orientierung der Deutschen FDP am Wohlfahrtsstaat dürfte auf das generell wohlhabendere Klima in Deutschland zurückzuführen sein.

Abbildung 7: FDP Schweiz und FDP Deutschland



FDP Schweiz

FDP Deutschland

Quelle: EU Profiler 2009.

[8,3,4]

Nationalkonservative Parteien

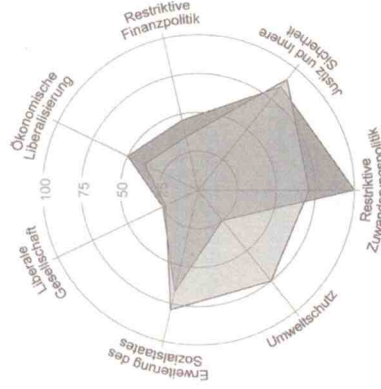
Die 2004 in Mailand gegründete Allianz für ein Europa der Nationen (AEN) setzte sich am Schluss aus 16 nationalistischen, konservativen und europaskeptischen Parteien zusammen.⁷ Die Fraktion der AEN im EU-Parlament hiess Union für ein Europa der Nationen (UEN). Ihr gehörten in der Legislaturperiode von 2004 bis 2009 44 Abgeordnete aus sechs Ländern an. Damit war sie die viertgrösste Fraktion hinter den Christdemokraten, den Sozialdemokraten und den Liberalen. Mit dem Wechsel der polnischen *Pravo i Sprawiedliwość* zur Fraktion der Konservativen und Reformisten wurde die UEN aufgelöst. Als Nach-

folgeorganisation wurde die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (ECR) gegründet, die zurzeit mit 53 Sitzen die fünf-grösste Gruppierung bildet. Ebenfalls unter neuem Namen – Europa der Freiheit und der Demokratie (EFD) – haben sich die europaskeptischen Parteien organisiert. Sie halten 33 Sitze.

In den verschiedenen Ländern Europas gibt es eine grosse Zahl weiterer Parteien, die mit der AEN zwar nicht organisatorisch verbunden sind, die aber programmatisch nicht allzu weit von diesen Parteien entfernt sind. Es sind dies die sogenannten rechtspopulistischen Parteien. Bekannte Beispiele sind die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), der *Front national* in Frankreich, die *Lega Nord per l'indipendenza della Padania (Lega Nord)* in Italien, Die Republikaner in Deutschland, die *Partij voor de Vrijheid* in den Niederlanden oder die *Dansk Folkeparti* in Dänemark. In der Literatur wird auch die Schweizer SVP zu dieser Gruppe der Parteien gezählt (Decker 2006).

Vergleicht man die Spiderdiagramme der Mitglieder von AEN/UEN und den rechtspopulistischen und nationalkonservativen Parteien, so bestehen in zahlreichen Bereichen keine grossen Differenzen zwischen den beiden Parteiengruppen (vgl. Abbildung 7). Einzig der Umweltschutz ist bei den rechtspopulistischen Parteien noch weniger ein Anliegen als bei den Mitgliedern der Allianz für ein Europa der Nationen.

Abbildung 8: Rechtspopulistische und nationalkonservative europäische Parteien (Median)



Dunkel: Rechtspopulisten

Hell: Nationalkonservative

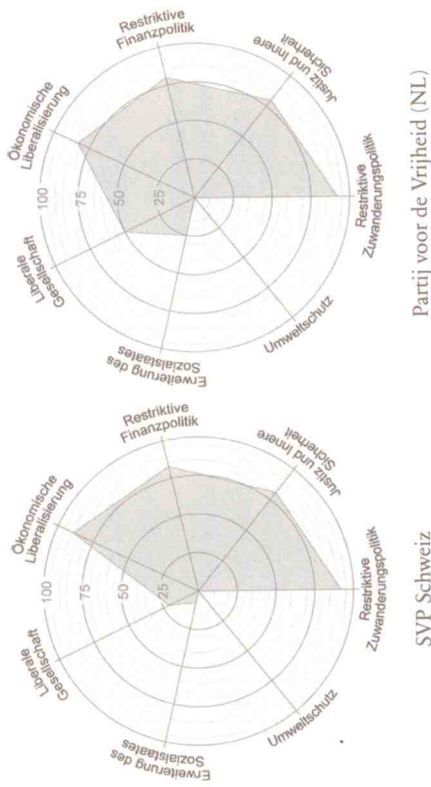
Quelle: EU Profiler 2009.

Eine herausragende Position unter diesen Parteien nimmt die polnische *Prawo i Sprawiedliwość* ein, die 2001 vom ehemaligen Justizminister Lech Kaczyński und dessen Zwillingsbruder Jarosław Kaczyński gegründet wurde und in Polen zwischen 2005 und 2007 die Regierung stellte. Die Schweizer SVP gehört mit 28,9 Prozent Wählerstimmenanteil (2007) in dieser Gruppe ebenfalls zu den grossen Parteien, die meisten anderen Parteien sind deutlich kleiner und fallen in die Grössenkatgorie 5 bis 15 Prozent oder weniger.

Bei den Wahlen 2009 gehörten die nationalkonservativen und rechtspopulistischen Parteien zu den grossen Siegern, wobei sie unter anderem in Grossbritannien (*United Kingdom Independence Party*), in Dänemark (*Dansk Folkeparti*), in den Niederlanden (*Partij voor de Vrijheid*) und in Ungarn (*Jobbik Magyarorszáért Mozgalom*) spektakuläre Wahlerfolge erzielen konnten.

Die SVP passt, was ihr politisches Profil anbelangt (vgl. Abbildung 9), nur bedingt zur Gruppe dieser Parteien. Sie ist klar wirtschaftsliberaler positioniert und stärker für eine restriktive Finanzpolitik. Gleichzeitig hat sie auch deutlich weniger Sympathien für einen Ausbau des Sozialstaates. Gross sind demgegenüber die Gemeinsamkeiten bei der restriktiven Einwanderungspolitik und bei der Forderung nach Recht und Ordnung.

Abbildung 9: SVP Schweiz und die niederländische Partij voor de Vrijheid



Quelle: EU Profiler 2009.

Sucht man nach Parteien, die der SVP thematisch am nächsten stehen, so trifft man allen voran auf die *Partij voor de Vrijheid* von Geert Wilders in den Niederlanden, die sich ähnlich wirtschaftsliberal gebärdet, aber noch etwas stärker für eine liberale Gesellschaft eintritt. Weitere programmatisch ähnliche Parteien sind die *Eesti Kristlikud Demokraadid* in Estland und Die Republikaner in Deutschland. Für Distanz zur Schweizer SVP sorgen bei den vergleichbaren Parteien vor allem ihre Einstellung zum Wohlfahrtsstaat sowie die restriktive Finanzpolitik und die Unterstützung einer wirtschaftlichen Liberalisierung.

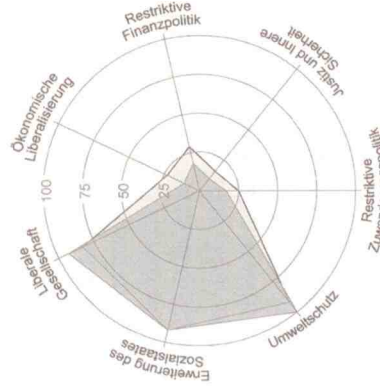
[8.3.5]

Die Parteien der Grünen

Die Fraktion «Die Grünen/Europäische Freie Allianz» im Europäischen Parlament besteht aus der Europäischen Grünen Partei und der Europäischen Freien Allianz (EFA). Sie wurde im Hinblick auf die Wahlen 1999 ins Leben gerufen. In der Legislaturperiode von 2004 bis 2009 hielt die Fraktion 43 Sitze. In der neuen Legislatur von 2009 bis 2014 konnte sie die Zahl ihrer Sitze auf 58 steigern. Die Grünen gehörten damit zu den Siegern der Wahlen 2009.

Die Schweizer Grünen (GPS) lassen sich problemlos in das politische Profil der europäischen Parteien der Grünen einfügen (vgl. Abbildung 10). Die GPS könnte man im besten Fall als noch etwas radikaler und vielleicht noch etwas stärker links stehend bezeichnen als die Mehrheit der Parteien der Grünen in Europa.

Abbildung 10: Grüne Schweiz und die grüne Parteifamilie



Dunkel: GPS Schweiz
Hell: alle Parteien der Grünen
Quelle: EU Profiler 2009.

Sehr nahe bei den Schweizer GPS liegen die *Scottish Green Party*, Bündnis 90/Die Grünen in Deutschland und die österreichischen Die Grünen – Die grüne Alternative. Auffallend ist weiter, dass auch Länder wie die Türkei, Griechenland und Ungarn Parteien der Grünen haben, die sich politisch nur unwesentlich von der Schweizer GPS unterscheiden. Schliesslich fällt auf, dass sich unter den ähnlichen Parteien auch Gruppierungen wie der spanische *Partido Socialista Obrero Español* oder DIE LINKE in Deutschland befinden, die nicht zwingend dem Lager der Grünen zugeteilt werden müssen. Sucht man nach Unterschieden zwischen den Parteien der Grünen, so findet man diese am ehesten bei der Einwanderungspolitik.

[8,4]

Polarisierung des Schweizer Parteiensystems

Die Polarisierung eines Parteiensystems bezeichnet die ideologische Distanz zwischen den politischen Parteien und dem ideologischen Zentrum des Parteiensystems. In der Regel bezieht man sich in der Literatur dabei auf eine einzige Dimension, nämlich auf die «Links-rechts-Achse» (Inglehart und Klingemann 1978).

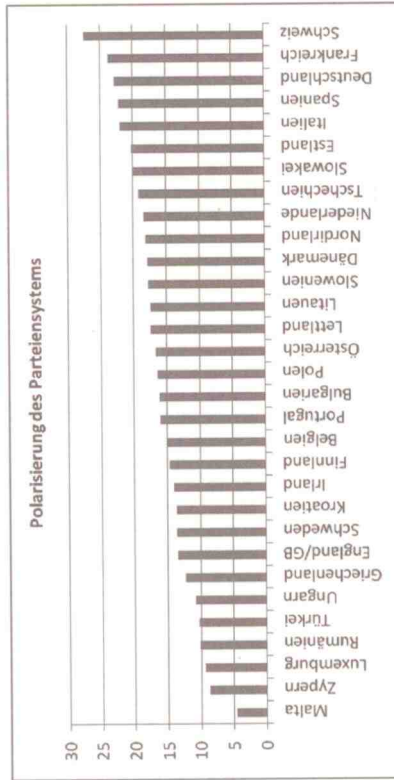
Zur Berechnung der Polarisation wird in der Literatur vielfach eine Formel von Taylor und Herman (1971: 32 ff.) verwendet, die zuerst die Positionierung des Parteiensystems auf der Links-rechts-Achse bestimmt, indem die politischen Positionen der Parteien mit ihrem Wählerstimmenanteil multipliziert und die Produkte dann addiert und durch die erfassten Wählerstimmenanteile dividiert werden. Danach wird der Abstand der einzelnen Parteien vom Zentrum des Parteiensystems berechnet, quadriert und mit dem Wählerstimmenanteil multipliziert.

Da wir hier nicht nur eine politische Dimension betrachten, sondern uns auf deren sieben konzentrieren, wird zuerst für jeden Politikbereich die Polarisation und dann die durchschnittliche Polarisation über alle Politikbereiche berechnet. Zur Berechnung der Abweichung einer Partei vom Zentrum einer Dimension wird zudem nicht die quadrierte, sondern die absolute Distanz verwendet.²

Die Ergebnisse der so berechneten Polarisierungswerte ergeben für die Schweiz das am stärksten polarisierte Parteiensystem (vgl. Abbildung 11). Dieses Ergebnis ist vor allem vor dem Hintergrund älterer Studien zur Polarisation erstaunlich. Gemäss den Analysen von Gross und Sigelman (1984: 473) gehörte das Schweizer Parteiensystem im internationalen Vergleich zur Gruppe der links-orientierten Parteiensysteme. Innerhalb dieser Kategorie bildet es die Untergruppe der stark fragmentierten, aber nur mittelmässig polarisierten Parteiensysteme. Bestätigt wurde diese verhältnismässig geringe Polarisation des Schweizer Parteiensystems auch durch die Untersuchung von Lane und Ersson (1994³: 185).

Aktuelle Beobachter der Schweizer Politik erstaunt diese Erkenntnis jedoch weniger, hat sich doch die Politik hierzulande mit dem Aufkommen der SVP in den letzten Jahren entscheidend verändert. Die SVP und wie wir gesehen haben auch die SPS als die beiden grössten Parteien versuchen nicht zuletzt auch aus strategischen Überlegungen, im «Verhandlungssystem» der Schweizer Politik mit extremen Positionen Kompromisslösungen auf ihre Seite zu ziehen. In theoretischer Hinsicht ist diese Erkenntnis insofern interessant, als sie Versuchen widerspricht, die Polarisation eines Parteiensystems lediglich auf strukturelle und institutionelle Variablen zurückzuführen. Offenbar verfügen die Parteiverantwortlichen über einen gewissen Handlungsspielraum und können sich für eine mehr oder weniger polarisierende Strategie entscheiden.

Abbildung 11: Polarisierungsindex der Parteiensysteme



Quelle: EU Profiler 2009. Eigene Berechnung.

[8.5]

Zusammenfassung

Die Schweizer Parteien lassen sich durchaus ins europäische Parteiensystem einpassen. Anhand der sieben dieser Untersuchung zugrunde gelegten politischen Themenbereiche lässt sich zeigen, dass die Positionierung der CVP ziemlich genau dem Mittelwert der Parteien der Europäischen Volkspartei entspricht. Noch grösser ist die Übereinstimmung der Schweizer Grünen mit ihren europäischen Schwesterparteien. Vergleicht man die Schweizer FDP mit den anderen liberalen Parteien, so fällt auf, dass sie etwas stärker wirtschaftsliberal orientiert ist und vor allem bei Recht und Ordnung sowie bei der Einwanderungspolitik etwas konservativere Positionen vertritt. Dennoch ist auch sie in der Gruppe der liberalen Parteien am richtigen Ort eingeteilt. Die SPS findet Aufnahme bei den sozialdemokratischen Parteien, vertritt hier aber sowohl hinsichtlich des Ausbaus des Sozialstaates wie auch mit Blick auf die gesellschaftliche Liberalisierung und den Umweltschutz extremere Positionen als der Durchschnitt der europäischen sozialdemokratischen Parteien. Die SVP, die Schweizerische Volkspartei, schliesslich wäre bei den europäischen Volksparteien eindeutig fehl am Platz. Sie entspricht den national-konservativen und

rechts-populistischen Gruppierungen, wobei sie in einem stärkeren Mass wirtschaftsliberale Positionen in ihrem Programm aufführt.

Sucht man nach bekannteren Parteien in Europa, die von ihrer Positionierung her den Schweizer Parteien am nächsten kommen, so sind es für die CVP das *Mouvement réformateur* in Belgien, der *Christen-Democratisch Appel* in den Niederlanden und erstaunlicherweise die *Labour Party* in Grossbritannien. Die Schweizer SPS positioniert sich ganz ähnlich wie DIE LINKE in Deutschland und die FDP hat relativ grosse Gemeinsamkeiten mit dem *Open Vlaamse Liberalen en Democraten* in Belgien oder der *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* in den Niederlanden. Der SVP steht die *Partij voor de Vrijheid* von Geert Wilders in den Niederlanden am nächsten und bei der GPS sind es B'90/Grüne in Deutschland und Die Grünen – Die grüne Alternative in Österreich.

Vergleicht man die Wählerstimmenanteile der Schweizer Parteien mit denjenigen ihrer Schwesterparteien, so ist die CVP mit einem Wählerstimmenanteil von rund 12 Prozent (2011) im Vergleich zu den anderen europäischen Volksparteien in Mittel- und Südeuropa deutlich schwächer. Dies hängt natürlich teilweise damit zusammen, dass ein Teil ihres Wählerpotenzials in den protestantischen und gemischt konfessionellen Kantonen von der SVP aufgenommen wird. Die SPS gehört mit ihren rund 20 Prozent im gesamt europäischen Vergleich ebenfalls eher zu den schwächeren sozialdemokratischen Parteien. Mit etwas mehr als 15 Prozent liegt die Schweizer FDP demgegenüber eher bei den stärkeren liberalen Parteien, die in Europa nur die drittstärkste Kraft bilden. In diesem Sinn können die anhaltenden Wählerstimmenverluste der ehemals die Schweizer Politik dominierenden FDP als eine Art «Normalisierungs- und Europäisierungsprozess» betrachtet werden. Mit gegen 10 Prozent liegen die Schweizer Grünen auf der europäischen Landkarte auf einem Platz in den vorderen Rängen, während die SVP mit über 25 Prozent unter den national-konservativen und rechtspopulistischen Parteien sogar einen Spitzenplatz einnimmt. Bei diesen Vergleichen muss allerdings berücksichtigt werden, dass je nach Kulturraum, Grösse des Landes und Wahlsystem beachtliche Unterschiede zwischen den Parteiensystemen in den einzelnen Ländern Europas bestehen. Am besten kann das Schweizer

Parteiensystem mit den Parteiensystemen der kleineren, konsensdemokratisch organisierten Ländern Nordeuropas verglichen werden.

Aufgrund der Wählerstimmentanteile der Parteien und ihrer politischen Positionen lässt sich die Polarisierung der nationalen Parteiensysteme berechnen. Die Schweiz hat – gemäss diesen Berechnungen – das am stärksten polarisierte Parteiensystem. Dies hängt damit zusammen, dass die beiden grössten Parteien, die SVP und die SPS, extreme und extrem unterschiedliche Parteiprofile aufweisen. Interessant in diesem Zusammenhang ist auch, dass die Schweiz lange Zeit als ein Land mit einer relativ geringen Polarisierung respektive mit einem zentripetalen Parteienwettbewerb galt. Dies wurde dann verschiedentlich mit dem Schweizer Konkordanzsystem in Verbindung gebracht. Betrachtet man nun den aktuellen Zustand des Schweizer Parteiensystems, so liegt der Schluss nahe, dass der Parteienwettbewerb und damit verbunden die politische Positionierung nicht nur von der institutionellen Ausgestaltung des politischen Systems bestimmt werden, sondern dass den politischen Parteien durchaus auch unterschiedliche Strategien im Parteienwettbewerb offen stehen.

1

Eine vergleichbare zweite Dimension, die heute häufig verwendet wird, ist «Green/Alternative/Libertarians» (GAL) und «Traditional/Authoritarian/Nationalist» (TAN) (Hooghe, Marks und Wilson 2004).

2

Die Benutzung lag leicht hinter den Erwartungen zurück. Bis zum Wahltag liessen sich mehr als 900 000 Besucher eine Wahlempfehlung ausstellen. Die Schweiz gehörte erwartungsgemäss zu den Ländern mit einer tiefen Beteiligung, da sie von den Wahlen nicht direkt betroffen war. In allen drei Landessprachen zusammen haben sich dennoch rund 1800 Personen eine Wahlempfehlung erstellen lassen.

3

Beispiele für eine Partei, deren Zuordnung nicht ganz einfach ist, ist etwa die Conservative Party in Grossbritannien, die aus der EVP-ED-Fraktion ausgetreten ist und nun in der Fraktion der Konservativen und Reformisten (ECR) aktiv ist.

4

Für die Zuordnung sämtlicher Parteien vergleiche Ladner et al. 2010: 116 ff.

5

Der Median (Zentralwert) teilt die Parteien einer Parteilfamilie in zwei gleich grosse Gruppen. Die Hälfte der Parteien befindet sich über, die andere Hälfte unter diesem Wert.

6

Die angegebenen Sitzzahlen beziehen sich – wenn nicht anders vermerkt – auf den Stand 1.1.2012.

7

Vgl. AEN-Webseite: <http://www.aensite.org/?q=en/node/73> (15.12.2009).

8

Abgebildet durch Medianwerte.

9

Für die genaue Berechnung vgl. Ladner et al. 2010: 83 f.

- Benoit Kenneth und Laver Michael,
«Estimating Party Policy Positions:
Comparing Expert Surveys and Hand Coded
Content Analysis», in: *Electoral Studies*,
26(1): 2007, S. 90–107.
- Budge Ian et al., *Mapping Policy
Preferences. Estimates for Parties,
Electors, and Governments 1945–1998*.
Oxford University Press: Oxford 2001.
- Decker Frank (Hrsg.), *Populismus. Gefahr
für die Demokratie oder nützliches
korrektiv? VS Verlag für Sozialwissen-
schaften: Wiesbaden 2006*.
- Gross Donald A. und Siegelmann Lee,
«Comparing Party Systems: A Multidimensi-
onal Approach», in: *Comparative Politics*,
16(4): 1984, S. 463–479.
- Hooghe Liesbet, Marks Gary und Wilson
Carole J., «Does left/right structure party
positions on European integration?», in:
Marks Gary und Steenbergen Marco R.
(Hrsg.), *European integration and
Political Conflict. Cambridge University
Press (Themes in European governance):
Cambridge 2004*, S. 120–140.
- Inglehart Ronald und Klingemann
Hans-Dieter, «Party Identification,
Ideological Preference, and the Left-Right
Dimension Among Western Mass Publics»,
in: Budge Ian, Crewe Ivor und Farlie Dennis
(Hrsg.), *Party Identification and Beyond*.
Representations of Voting and Party
Competition. J. Wiley:
London 1976, S. 243–273.
- Ladner Andreas et al., «Die politische
Positionierung der europäischen Parteien im
Vergleich. Eine Analyse der politischen Positi-
onen der europäischen Parteien anlässlich
der Wahlen des Europäischen Parlaments
2009 mit besonderer Berücksichtigung der
Schweizer Parteien», in: IDEHAP
(Cahier de l'IDHEAP, 252),
Chavaannes-près-Renens 2010.
- Lane Jan-Erik und Ersson Svante O.,
Politics and Society in Western Europe.
Sage (1989'): London/Thousand Oak 1994¹.
- Lipset Seymour M. und Rokkan Stein,
«Structures, Party Systems and Voter
Alignments: An Introduction», in: Lipset
Seymour M. und Rokkan Stein (Hrsg.),
Party Systems and Voter Alignments.
Cross-national Perspectives. Free Press/
Collier-Macmillan: New York/London 1967,
S. 1–64.
- Taylor Michael und Herman Valentine,
«Party Systems and Government Stability»,
in: *The American Political Science
Review*, 65(1): 1971, S. 28–37.
- Trechsel Alexander H. und Mair Peter,
«When Parties (also) Position Themselves:
An Introduction to the EU Profilers», EU
Working Papers RSCAS, 65. 2009.

[9]

Herausgeber und Autoren

Urs Altermatt

Prof. Dr. Dr. h. c., emeritierter Professor für Zeitgeschichte an der Universität Freiburg.

Anne-Väia Fouradoulas

Doktorandin in Politikwissenschaften an der Universität Freiburg und SNF – Forschende
an der Universität Lausanne.

Andreas Ladner

Prof. Dr., Professor für Schweizerische Verwaltung und institutionelle Politik am IDHEAP
an der Universität Lausanne.

Oscar Mazzoleni

Dr., Leiter des Observatoire de la vie politique régionale, Maître d'enseignement et de
recherche an der Universität Lausanne.

Olivier Mewuly

Dr., Historiker, Jurist, Lehrbeauftragter an der Universität Genf.

Pascal Sciarini

Prof. Dr., Professor für Politikwissenschaften an der Universität Genf.

Werner Seitz

Dr., Leiter der Sektion «Politik, Kultur, Medien», Bundesamt für Statistik, Neuenburg.

Damir Skenderovic

Prof. Dr., Ordentlicher Professor für Allgemeine und Schweizerische Zeitgeschichte
an der Universität Freiburg.